

StaatsZeitung

Sonderdruck

 II/2006

Regierungserklärung von Ministerpräsident Kurt Beck am 30. Mai 2006

»Im Auftrag der Menschen: Gemeinsam den Aufbruch gestalten«

Die Wählerinnen und Wähler haben am 26. März meiner Partei den Auftrag zur Regierungsbildung gegeben. In diesem Votum steckt nicht nur ein überwältigender Vertrauensvorschuss für die Zukunft, sondern es ist zugleich die Bestätigung für die Politik einer Regierung, die seit 1991 von Sozialdemokraten und Freien Demokraten gemeinsam gestellt worden ist. Aus dem Mittelfeld kommend, ist unser Land in dieser Zeit in die Spitzengruppe der Länder aufgestiegen. Dieser Aufstieg spiegelt sich in guten Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten wider. Er ist das Ergebnis einer ebenso erfolgreichen wie vertrauensvol-

len und fairen Zusammenarbeit zwischen den Koalitionspartnern.

Ich möchte dafür herzlich danken – der Fraktion der Freien Demokratischen Partei, Herrn Herbert Mertin, Herrn Rainer Brüderle und insbesondere Herrn Hans-Artur Bauckhage, meinem bisherigen Stellvertreter. Meinen Dank verbinde ich mit dem Angebot an die Fraktionen der Freien Demokraten wie auch der Christdemokraten zur fairen Zusammenarbeit. Lassen Sie uns um die besten Ideen für unser Land ringen.

Die Menschen in Rheinland-Pfalz haben ihre Wahlentscheidung mit Erwartungen für die Zukunft unseres Landes verbunden, die sie an die neue

Regierung und an die sie tragende Fraktion richten. Diese Erwartungen werden wir nicht enttäuschen. Wir werden an die Leistungen und Erfolge der vergangenen Jahre anknüpfen, aber wir werden uns nicht darauf ausruhen. Es wird keinen Bruch mit der bisherigen Politik der Landesregierung geben – wohl aber einen neuen Aufbruch. Wir werden alles tun, um den Aufstieg dieses Landes fortzusetzen. Wir Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer haben in der Vergangenheit gezeigt, dass wir Bodenständigkeit mit Tatkraft und Kreativität verbinden. Dafür steht diese neue Regierung.

Erlauben Sie mir ein Wort in eigener Sache: Wie Sie wissen, hat mir meine Partei ein neues Amt aufgetragen, das mir zweifellos eine größere bundespolitische Verantwortung gibt und zugleich unser Land und seine Regierung bundespolitisch stärker in den Blick rückt. Ich versichere Ihnen und allen Bürgerinnen und Bürgern von Rheinland-Pfalz nachdrücklich: Ich werde mich weiterhin mit ganzer Kraft für unser Land einsetzen. Und gerade auch denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Stimme bei der Wahl einer anderen Partei gegeben haben, versichere ich: Diese Regierung weiß sich dem Wohle aller Menschen in unserem Land verpflichtet. Diese Regierung will mit der Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger zum Erfolg kommen.

Die Menschen verlangen von uns zu Recht Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Antworten auf die Globalisierung, die Unternehmen wie Arbeitnehmer einem immer



Ministerpräsident Kurt Beck

schärferen internationalen Wettbewerb aussetzt; Antworten auf die Alterung unserer Gesellschaft und den prognostizierten Bevölkerungsrückgang in vielen Regionen; Antworten auf den Ausschluss von zu vielen Menschen von Arbeit, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe.

Ein handlungsfähiges Gemeinwesen ist die zentrale Voraussetzung dafür, dass wir diese Herausforderungen bestehen können.

Das Land Rheinland-Pfalz ist eingebunden in die Politik des Bundes und der Europäischen Union. Ich betone ausdrücklich: Wir unterstützen die Bundesregierung in ihrer Politik der Stärkung der wirtschaftlichen Dynamik, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der behutsamen Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme.

Wir Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind überzeugte Europäerinnen und Europäer, schon aufgrund der Lage unseres Landes im Herzen Europas und unserer guten nachbarschaftlichen Beziehungen. Wir stehen zum gemeinsamen Integrations- und Verfassungsprozess und wollen Europa aktiv mitgestalten.

Aber: Diese Landesregierung wird sehr darauf achten, dass die Interessen der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer in Berlin und Brüssel nicht unter die Räder kommen.

Den wirtschaftlichen Aufstieg mit neuem Schwung fortsetzen – Arbeit schaffen

Die Landesregierung folgt einem klaren Leitbild: Wir wollen durch unsere Politik wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Erfolg mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Vernunft verbinden. Diese Ziele sind für uns gleichrangig. Sie bedingen sich wechselseitig. Soziale und ökologische Verantwortung dürfen nicht einseitig dem Diktat der Ökonomie unterworfen werden. Aber ebenso gilt: Grundlage für ein menschliches und erfolgreiches Gemeinwesen ist und bleibt eine solide ökonomische Basis.

Nur in einer starken Wirtschaft finden Menschen Arbeit. Deshalb ist es vorrangiges Ziel dieser Landesregierung, die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte unseres Landes fortzuschreiben.

Wir verknüpfen wirtschaftliche Dynamik mit sozialer Verantwortung. Dies

bedeutet vor allem: Jede und jeder in diesem Land – gleich welcher sozialen Herkunft – muss die Chance haben, am gemeinsam erarbeiteten Wohlstand teilzuhaben. Kein Kind, kein Jugendlicher, kein Erwachsener darf am Wegrand zurückgelassen werden.

Deshalb stehen Bildung und Ausbildung im Zentrum unserer Politik. Die Chance, Bildung zu erwerben und am gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben, darf nicht von der sozialen Herkunft und vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Gut ausgebildete Menschen sind das Zukunftskapital unseres Landes.

Wir wollen den wirtschaftlichen Aufstieg dieses Landes fortsetzen – mit neuem Schwung und mit neuen Ideen. Wir setzen dabei bewusst auf die Stärken unserer Wirtschaft, die Kreativität und Beharrlichkeit unserer Bürgerinnen und Bürger: auf einen starken, lebendigen Mittelstand, auf die Exportstärke unserer Industrie, auf Innovationen in Forschung und Wissenschaft, auf neue Technologien, auf eine gute Infrastruktur und nicht zuletzt auf die Stärke unserer Städte und der ländlichen Räume. Damit knüpfen wir an die erfolgreiche Politik der bisherigen Koalition an, die unser Land vorangebracht hat.

Drei Schwerpunkte unserer Wirtschaftspolitik möchte ich nennen. Erstens: Wir nehmen in dieser Legislaturperiode eine Milliarde Euro in die Hand für neue Impulse in der Wissenschaft, der Infrastruktur und der Wirtschaft. Zweitens: Wir machen Rheinland-Pfalz zum »Land des modernen Mittelstandes«. Und drittens: Wir starten eine Technologieoffensive.

Eine Milliarde Euro für Investitionen – das ist viel Geld. Die eine Hälfte dieser Investitions-Milliarde setzen wir für eine neue Mobilitätsoffensive ein, um die Infrastruktur in unserem Land weiter zu verbessern. Die andere Hälfte investieren wir in wichtige Projekte der Wirtschaftsförderung, vor allem aber in Hochschulen, Wissenschaft und Forschung. Damit machen wir deutlich: Wir setzen auf Zukunftstechnologien und auf wissenschaftliches Know-how. Dies wird gerade kleinen und mittleren Betrieben zu Gute kommen.

Es sind die vielen mittelständischen Betriebe, die kleinen und mittleren Unternehmen und deren Beschäftigte,

die Handwerkerinnen und Handwerker, die dieses Land zum Aufsteigerland gemacht haben. Der Mittelstand ist ein leistungsfähiger Motor: er treibt die Wirtschaft an, er schafft Arbeitsplätze, er bringt die Gesellschaft voran. Ich sage aus tiefster Überzeugung: Diese neue Regierung bekennt sich zum Mittelstand. Wir bauen daher auf die Innovationskraft und den Mut unserer mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmer. Deshalb werden wir die bisherige Mittelstandspolitik nicht nur fortsetzen, sondern wir wollen Rheinland-Pfalz zum »Land des modernen Mittelstandes« ausbauen. Neben der Konzentration unserer Wirtschaftsförderung auf kleinere und mittlere Betriebe werden wir einen Mittelstandslotsen als zentralen Ansprechpartner für mittelständische Unternehmen einsetzen. Er soll den berechtigten Interessen von Gewerbetreibenden und Unternehmen ein stärkeres Gewicht verleihen. Wir werden unseren mittelständischen Unternehmern helfen, neue Absatzmärkte zu erschließen – auch über die Kontakte zu unseren Partnerregionen in aller Welt.

Wir werden den Mittelstand verstärkt in die Technologieförderung einbeziehen und mit unseren Finanzierungsinstrumenten seine finanzielle Basis stärken. Gerade bei Infrastrukturprojekten setzen wir auch auf öffentlich-private Partnerschaften und werden dafür ein eigenes Kompetenzzentrum einrichten, das die Interessen des Mittelstandes besonders im Blick hat.

Den Abbau überflüssiger Bürokratie werden wir mit aller Kraft vorantreiben und Genehmigungsverfahren weiter beschleunigen. Dabei beziehen wir den Sachverstand aus der Wirtschaft und den Gewerkschaften bewusst mit ein. Ich möchte, dass Investoren auch in fünf Jahren sagen: »Nirgendwo werden Genehmigungsverfahren schneller abgewickelt als bei euch in Rheinland-Pfalz.«

Wir brauchen in unserem Land mehr Menschen, die den Schritt in die Selbständigkeit wagen. Ein Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik wird deshalb die gezielte Förderung von Unternehmensgründungen sein. Dazu wollen wir unsere Förderinstitutionen wie die Investitions- und Strukturbank, die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz, den Gründungswettbewerb und die Multi-

mediainitiative besser miteinander vernetzen und die Beratung von Gründerinnen und Gründern intensivieren. Über die Investitions- und Strukturbank soll das notwendige Beteiligungs- und Risikokapital bereitgestellt werden. Ansprechen wollen wir hierbei besonders die Gruppen, die bisher im Schatten der Gründerförderung standen: die über 50-jährigen Frauen und Männer sowie die Einwanderinnen und Einwanderer der zweiten und dritten Generation.

Wir können im globalen Wettbewerb nur dann mithalten, wenn wir eine offensive Technologiepolitik betreiben. Wir verfolgen deshalb das Ziel, den Wissens- und Technologietransfer aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen deutlich zu verstärken.

Unsere Wirtschaftsförderung werden wir so weiterentwickeln, dass verstärkt Innovationsnetzwerke, so genannte Cluster, entstehen. Damit bündeln wir innovative Projekte und schaffen Standortvorteile. Unser Ziel ist es, den Transferprozess von der Idee zum Produkt zu verbessern, innovative Firmengründungen zu erleichtern und eine neue Qualität der Verzahnung unserer Partner in Wissenschaft und Wirtschaft zu erreichen. Davon wird die Wirtschaft insgesamt profitieren.

Anknüpfend an unsere bisherigen Erfolge wird die Landesregierung überdies neue Akzente einer gestaltenden Struktur- und Konversionspolitik setzen. Und wie in der Vergangenheit werden wir selbstverständlich auch darauf achten, dass die rheinland-pfälzische Industrie zu konkurrenzfähigen Rahmenbedingungen an diesem Standort produzieren kann.

Eine sichere, umweltverträgliche Energieversorgung zu akzeptablen Preisen ist für die Wirtschaft wie die privaten Haushalte von zunehmender Bedeutung. Im Interesse des Klimaschutzes und wegen der Entwicklung auf den Weltenergiemärkten muss sich unsere Energieproduktion nachhaltig wandeln.

Mit modernen, energieeffizienten Technologien, Energiesparmaßnahmen und dem Ausbau erneuerbarer Energien werden wir unserer Verantwortung für unsere Umwelt und für die Lebensgrundlagen kommender Generationen gerecht. Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe ist eine Chance für die Land- und Forstwirtschaft. Mit unserer Energiepolitik geben wir Impulse für

einen modernen und wettbewerbsfähigen Wirtschafts- und Technologiestandort. Wir sichern und schaffen damit Arbeitsplätze im Mittelstand und im Handwerk.

Ein weiterer Schlüsselfaktor für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist die Mobilität und die Schaffung einer zukunftsfähigen Verkehrsinfrastruktur. Wir haben für sie bereits viel getan. Der Rheinland-Pfalz-Takt genießt bundesweite Beachtung und wir betrachten ihn auch weiterhin als einen zentralen Baustein unserer Verkehrspolitik für den ländlichen Raum.

Die Investitionsmilliarde fließt zur Hälfte in die Verkehrsinfrastruktur. Dabei setzen wir weiterhin auf einen sinnvollen Ausbau sowohl des Straßennetzes als auch des Schienenverkehrs. Neben der Ertüchtigung von Straßen und Schienenstrecken stehen dafür wesentliche Brückenprojekte an Rhein und Mosel, der Lückenschluss und Ausbau großer Verkehrsadern sowie der Ausbau der Moselschleusen. Durch eine verstärkte Vernetzung der Straßen- und Schienenverwaltung können Synergieeffekte erzielt werden. Dazu werden wir den »Landesbetrieb Straßen und Verkehr« zu einem »Landesbetrieb Mobilität« fortentwickeln. Die Zweckverbände Schienenpersonennahverkehr Nord und Süd bleiben davon unberührt. Mit ihnen wollen wir den Rheinland-Pfalz-Takt erhalten und stärken.

Darüber hinaus werden wir den Ausbau der Güterverkehrszentren im Land als Logistikstandorte vorantreiben.

Im Luftverkehr hat sich der Flughafen Hahn zum Jobmotor für den gesamten Hunsrückraum entwickelt. Bereits heute sind nach einem Gutachten direkt und indirekt rund 8.000 Arbeitsplätze mit dem Betrieb des Flughafens verbunden. Um diese positiven Entwicklungen zu verstärken, haben wir einen Master-Plan für die wirtschaftliche Entwicklung der Hunsrück-Region auf den Weg gebracht, der neben dem vierspurigen Ausbau der B 50 die Reaktivierung der Hunsrückbahn und den Bau des Hochmoselübergangs umfasst.

Auch den Flughafen in Zweibrücken wollen wir weiterentwickeln und streben eine Kooperation mit Saarbrücken an. Überdies setzen wir uns für den Ausbau des Verkehrslandeplatzes Speyer ein. Wir nehmen dabei die Sorgen der Menschen bezüglich des Flug-

lärms sehr ernst – dies gilt insbesondere auch für den Flughafen Frankfurt am Main. Seine Erweiterung ist für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes von größter Bedeutung. Wir befürworten seinen Ausbau, aber unter der Bedingung, dass die Flugroutenoptimierung und ein konsequentes Nachtflugverbot umgesetzt werden.

Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Weinbau bilden einen bedeutenden Wirtschaftszweig unseres Landes. Den Landwirten und Winzern versichere ich: Sie haben in dieser Landesregierung einen verlässlichen Partner. Sie können auf uns zählen, wenn es um konkrete Probleme geht, wie etwa in der Frage der Saisonarbeitskräfte im Gemüse-, Obst- und Weinbau, der Bewässerungsverbände oder einer verantwortlichen Bodenordnung.

Mit dem Programm PAUL – »Agrarbusiness, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung« – werden wir ein integriertes regionales Entwicklungskonzept erarbeiten, das die vorhandenen Instrumente mit innovativen Ansätzen verknüpft. Bestehende Programme, wie die einzelbetriebliche Investitionsförderung, sollen hierin eingebunden und zugleich weiterentwickelt werden. Zudem werden wir auch weiterhin junge zukunftsfähige Betriebe, etwa über die Junglandwirteförderung, unterstützen.

Das Erfolgsrezept im rheinland-pfälzischen Weinbau »Klasse statt Masse« wollen wir fortsetzen und unsere Förderschwerpunkte daran ausrichten. Ich nenne zum Beispiel die Unterstützung von Kooperationen und die internationale Vermarktung, aber auch die Förderung des Steil- und Steilstagenweinbaus mit Blick auf die besondere Bedeutung unserer Kulturlandschaft. Unnötige staatliche Reglementierungen werden wir weiter abbauen und unter anderem eine Clearing-Stelle für weinrechtliche Bagatellverfahren einrichten.

Einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor unseres Landes stellt der Tourismus dar. Wir werden die touristischen Potentiale unseres schönen Landes weiter erschließen – zum Beispiel mit einem Sonderprogramm zur Stärkung des Radwegebaus. Gemeinsam mit den touristischen Regionen und der Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH werden wir ein Gesamtkonzept für den rheinland-pfälzischen Tourismus erstellen – und damit unser Land für Besucher noch attraktiver

machen. Ein Augenmerk gilt dabei auch Menschen mit Behinderung.

Einen wesentlichen Beitrag zur touristischen Attraktivität des nördlichen Rheinland-Pfalz leistet der Nürburgring. Wir wollen dort im jährlichen Wechsel mit dem Hockenheimring die Formel 1 sichern. Die Erlebnisregion am Nürburgring werden wir fortentwickeln und die Region damit touristisch wie strukturpolitisch aufwerten.

Mit all diesen Maßnahmen stärken wir unsere ländlichen Räume und gewährleisten ihre optimale Entwicklung.

Eine gute und vorausschauende, auf sozialen Zusammenhalt angelegte Wirtschaftspolitik ist Voraussetzung für Wachstum und sichere Arbeitsplätze. Die Wachstumsprognosen für dieses Jahr sind recht ordentlich. Wir können und dürfen uns aber nicht allein darauf verlassen, dass davon ausreichend Impulse für den Arbeitsmarkt ausgehen. Vor allem für die von Arbeitslosigkeit besonders stark betroffenen Gruppen – für ältere Menschen, Jugendliche und gering Qualifizierte – müssen wir unsere Anstrengungen ausweiten, um ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu verbessern.

Deshalb werden wir unsere Arbeitsmarktinitiative »Neue Chancen: 6.000 plus für Jung und Alt« fortsetzen und ausweiten, um vor allem jungen und älteren Menschen zusätzliche Arbeitsmarktchancen zu erschließen.

Wir werden hier – wie in unserer gesamten Politik – auf die traditionell guten Beziehungen der Landesregierung zu den Gewerkschaften und Betriebsräten wie auch zu den Unternehmerinnen und Unternehmern bauen.

Neben dem Alter sind geringe Qualifikation und gesundheitliche Beeinträchtigungen Haupthindernisse, wenn es darum geht, Arbeitslose schnell in eine neue Beschäftigung zu vermitteln. In Kooperation mit der Arbeitsagentur werden wir deshalb neue Konzepte für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen entwickeln und in Modellprojekten umsetzen.

Wir wollen darüber hinaus zusammen mit der Arbeitsagentur und den SGB II-Trägern Kombilohnmodelle erproben. Sie sollen zunächst in bestimmten Branchen angewandt werden, wie zum Beispiel im rheinland-pfälzischen Gemüseanbau. Hier herrscht ein hoher Marktdruck, der es den

Betrieben nicht möglich macht, aus eigener Kraft attraktive Löhne zu zahlen. Kombilöhne können hier bewirken, dass wir mehr Arbeitslose in Lohn und Brot bringen. Auf der Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass Kombilohnmodelle – dort wo sie sinnvoll sind – in das Förderinstrumentarium aufgenommen werden.

Trotzdem müssen wir feststellen, dass viele Langzeitarbeitslose in absehbarer Zukunft kaum Chancen auf reguläre Beschäftigung haben werden. Wir werden deshalb mit unseren Landesbetrieben alle Möglichkeiten ausloten, wie wir im Rahmen von Zusatzjobs von mindestens einem Jahr diesen Menschen sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten können. Positive Erfahrungen wurden bereits im Bereich Landesforsten gemacht. Daran werden wir anknüpfen.

Wir gehen aber noch weiter. Wir wollen und wir werden neue Beschäftigungsfelder erschließen. Dienstleistungen für die privaten Haushalte und Familien bieten ein großes Spektrum an Aufgaben. Unausgeschöpft sind bisher aber auch die Potentiale in der Gesundheits- und Wellnessbranche. Gerade in diesen Bereichen kann Rheinland-Pfalz punkten. Und hier packen wir an!

Bildung heißt Chancen schaffen

Unsere Wirtschaft, unser Arbeitsmarkt, unsere Zukunft hängen in entscheidendem Maße davon ab, ob es uns gelingt, das Potential zu nutzen, das in den Köpfen der Menschen steckt. Wir müssen diese Potentiale bei unseren Kindern wecken – und zwar unabhängig davon, ob diese Kinder aus reichen oder armen, aus deutschen oder Einwandererfamilien stammen. Und unabhängig davon, ob die Eltern ihren Kindern bei den Hausaufgaben helfen können oder nicht. Die Voraussetzung hierfür ist ein leistungsstarkes und auf Chancengleichheit setzendes Bildungs- und Ausbildungssystem.

Leistungsfähigkeit und Chancengleichheit sind für uns kein Gegensatz. Beide Prinzipien sind die Grundlage unserer Politik – von Anfang an.

Wir haben in der Vergangenheit bewiesen: Von Rheinland-Pfalz gehen Innovationen aus, die für andere Maßstab geworden sind. Darauf ruhen wir uns nicht aus.

Wir wollen dafür sorgen, dass die Begabungen unserer Kinder frühzeitig erkannt und gezielt gefördert werden. Mit dem Programm »Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an« hat das Land eine bundesweite Vorreiterrolle übernommen: Mehr Plätze für Kinder unter drei Jahren, Rechtsanspruch für alle Zweijährigen, schrittweise aufbauend bis 2010, flächendeckende Sprachförderung und gute Schulvorbereitung sind ebenso wie gut aus- und fortgebildete Erzieherinnen und Erzieher und das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr schon jetzt Markenzeichen unserer Politik. Die nächsten Schritte werden wir verlässlich für alle Beteiligten gestalten: 2008, 2009 und 2010 wird jeweils ein weiteres Kindergartenjahr beitragsfrei. Den entsprechenden Gesetzentwurf bringen wir zügig auf den Weg.

Ich habe mich auf Bundesebene sehr für das Elterngeld eingesetzt. Dabei bin ich mir bewusst, dass das Elterngeld nur zusammen mit einem gleichzeitigen Ausbau der Kindertagesstätten die notwendige Sicherheit für junge Menschen bietet, eine Familie zu gründen. Wir haben entsprechende Vorsorge getroffen und sind auf einem guten Weg, der bundesweit beispielgebend ist.

Die Zukunft unserer Kinder ist nicht umsonst zu haben. Für diese Landesregierung ist klar: Bildungspolitik genießt höchste Priorität. Schon heute fließt mehr als ein Viertel des Landeshaushalts in die Bildung. In dieser Legislaturperiode wollen wir unsere Schulen durch inhaltliche und organisatorische Verbesserungen noch leistungsfähiger machen.

Auch in Zukunft werden wir eine gute Unterrichtsversorgung und eine hohe Unterrichtsqualität gewährleisten. Dies heißt konkret: Im Jahr 2007 werden wir 240 und im Jahr 2008 weitere 220 Lehrerstellen zusätzlich schaffen. Das Projekt »Erweiterte Selbstständigkeit« soll auf alle weiterführenden Schulen ausgedehnt werden. So kann Unterrichtsausfall noch besser vermieden werden.

Wir reformieren die Lehrerbildung und investieren in die Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften sowie Erzieherinnen und Erziehern. Wir erhöhen die Stundenzahl in der Orientierungsstufe ab 2008 in allen Schularten von 28 auf 30 Wochenstunden. Mehr Unterricht, bessere Förderung und Stärkung der

Naturwissenschaften – das ist eine unserer zentralen Antworten auf PISA!

Durch neue Formen der Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen sollen Begabungen frühzeitig erkannt und gezielt gefördert werden. Die Einrichtung von Entdecker-Tagen an Grundschulen ist ein solcher Baustein zur Förderung besonderer Begabungen. Diese Förderung wird anschließend auch in Hochbegabenschulen, zu denen im nächsten Schuljahr mit Koblenz ein vierter Standort hinzukommt, fortgeführt.

In Rheinland-Pfalz gilt auch künftig: Schule bleibt vor Ort. Besonders wichtig ist uns, Grundschulen möglichst wohnortnah zu erhalten. Das Motto »kurze Beine – kurze Wege« stellt die Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt und trägt zugleich der Bedeutung der Grundschulen in unseren Gemeinden Rechnung.

Die zurückgehenden Schülerzahlen stellen uns gerade in der Fläche vor besondere Herausforderungen. In der Sekundarstufe I sind wir gefordert, gemeinsam mit den Verantwortlichen vor Ort demographiefeste Strukturen zu entwickeln. Verstärkt werden wir die Möglichkeiten nutzen, dass benachbarte Schulen – auch unterschiedlicher Schularten – miteinander kooperieren. Dies bietet auch die Chance, dem Wunsch vieler Eltern nach einem längeren gemeinsamen Lernen in Regionalen Schulen oder Integrierten Gesamtschulen nachzukommen.

Wir werden zukünftig der Qualitätsentwicklung von Schule und Unterricht einen noch größeren Stellenwert einräumen. Unsere guten Erfahrungen mit Vergleichsarbeiten in der Grundschule sollen auf die Sekundarstufe I übertragen werden. Regelmäßige Lernstandserhebungen in der achten Jahrgangsstufe und die Arbeit der neuen Agentur für Qualitätssicherung sind die nächsten konkreten Schritte.

Chancengleichheit ist für uns die zentrale Messlatte für ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Bildungssystem. Die 360 rheinland-pfälzischen Ganztagschulen sind ein Erfolgsprojekt. Weitere 200 Ganztagschulen sollen in dieser Legislaturperiode folgen. Und was mir besonders wichtig ist – das sage ich auch mit Blick auf eine jüngst veröffentlichte Statistik: Für diese neuen Ganztagschulen gelten die gleichen hohen

Qualitätsmaßstäbe wie für die bereits errichteten. Wir sind nicht nur stolz auf die hohe Zahl, sondern auch auf die hohe Qualität unserer Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz!

Eine Verkürzung der Schulzeit bietet Chancen. Aber nur dann, wenn die optimale Förderung der Kinder gewährleistet ist und wenn die Durchlässigkeit zwischen den Schularten erhalten bleibt. Die Ganztagschule bietet hierfür den besten und verlässlichsten Rahmen. Deshalb haben wir uns dafür entschieden, das Abitur nach zwölf Schuljahren in Ganztagschulen zu realisieren. An 15 Schulen wollen und werden wir mit diesem Projekt beginnen.

Wir werden die Mittel für die Lernmittelfreiheit ab 2007 um 50 Prozent erhöhen und damit Familien gezielt unterstützen. Wir wollen den Kreis der Geförderten ausweiten und zugleich die Gutscheine anheben, damit auch in diesem Bereich soziale Hürden abgebaut werden.

Wir wollen allen Kindern gute Bildungschancen eröffnen, gerade denen, die besondere Probleme haben. Mit dem Ausbau von Schwerpunktschulen werden die Möglichkeiten des gemein-

samen Lernens von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern ausgeweitet. Wir werden für alle Hauptschulen Schulsozialarbeit anbieten. Dieses Angebot unterstützt die Schülerinnen und Schüler und hilft den Lehrkräften. Wir lamentieren nicht, wir handeln!

Wenn Kinder aus der Schule kommen, dann muss auch sichergestellt sein, dass sie die Chance haben, einen Ausbildungsplatz zu finden! Ich sage Ihnen in aller Offenheit: Ich sehe den Ausbildungsmarkt mit großer Sorge, denn die Prognosen deuten darauf hin, dass in diesem Jahr kein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage an Ausbildungsplätzen zustande kommen wird. Das bedeutet: Insbesondere Hauptschüler und Schüler mit Sprach- und Lernproblemen laufen Gefahr, dauerhaft den Anschluss zu verlieren.

Ich sage deutlich: Das dürfen wir nicht hinnehmen!

Es ist nicht akzeptabel, dass Ausbildungsplätze fehlen. Wer heute nicht ausgebildet wird, wird morgen keine Fachkräfte haben! Hier ist jeder Unternehmer, jeder Handwerker, jeder Arbeitgeber in der Pflicht!



Dem neuen Ministerrat des Landes gehören an (von links): Staatssekretär Dr. Karl-Heinz Klär; Bevollmächtigter des Landes beim Bund und der Europäischen Union; Dr. Heinz Georg Bamberger; Minister der Justiz; Malu Dreyer; Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit; Margit Conrad, Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz; Prof. Dr. Ingolf Deubel, Minister der Finanzen; Doris Ahnen, Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend; Ministerpräsident Kurt Beck; Hendrik Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau; Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur; Staatssekretär Martin Stadelmaier; Chef der Staatskanzlei, Karl Peter Bruch, Minister des Innern und für Sport.

Wir werden alles daran setzen, so viele Betriebe wie möglich an ihre soziale Verantwortung zu erinnern, damit sie Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Ansetzen können wir dabei am »Ovalen Tisch zur Förderung der beruflichen Ausbildung und gegen Jugendarbeitslosigkeit«. Daneben werde ich künftig alle mit dem Thema befassten Ministerinnen und Minister des Kabinetts an einen Tisch holen, um konkrete Maßnahmen zur Förderung des beruflichen Einstiegs benachteiligter Jugendlicher auf den Weg zu bringen.

Eine wichtige Rolle spielen dabei die berufsbildenden Schulen. Für das hohe Maß an Flexibilität – gerade auch in angespannten Zeiten auf dem Ausbildungsstellenmarkt – möchte ich mich ausdrücklich bei den Schulen bedanken! Ebenso danke ich den Betrieben und den Kammern, die sich besonders angestrengt haben, und ich bitte sie um ihre weitere Unterstützung.

Auch auf einem anderen Gebiet geht es um die Chancen unserer Kinder und Jugendlichen und zugleich um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, nämlich bei der Frage des Zugangs zur Hochschule.

Ich sage mit aller Klarheit und Entschiedenheit: Es darf in diesem Land nie mehr dazu kommen, dass es von der Finanzkraft der Eltern abhängt, ob ein Kind studieren kann oder nicht!

Ich denke, wir alle in diesem hohen Haus stimmen darin überein: Wir brauchen möglichst viele hervorragend qualifizierte junge Menschen. Wir brauchen mehr, nicht weniger Studierende. Die Einführung von Studiengebühren ist deshalb nicht nur ungerecht, sondern auch volkswirtschaftlich unsinnig.

Rheinland-Pfalz wird deshalb weiterhin auf der Basis von Studienkonten ein gebührenfreies Erststudium anbieten. Wir werden zugleich – anders als viele CDU-geführte Länder – unser Angebot an Studienplätzen schrittweise ausbauen. Wir halten es aber für notwendig, dass für die Finanzierung des Studienplatzes dasjenige Land aufkommt, aus dem die Studierenden kommen, nicht dasjenige, das Studienplätze zur Verfügung stellt. Dies sind zeitgemäße Rahmenbedingungen für einen qualitätssteigernden Wettbewerb. Sollten aber andere ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung nicht gerecht werden, müssen wir – dies sage ich deutlich – die Stu-

diengebührenfreiheit im Grundsatz auf Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer beschränken, um die Arbeitsfähigkeit an unseren Hochschulen auch künftig zu gewährleisten.

Unser Programm »Wissen schafft Zukunft« hat in der gesamten rheinland-pfälzischen Hochschul- und Forschungslandschaft einen enormen Schub ausgelöst. Es ist ein zentraler Faktor für die Dynamik des Landes. Die Katalysatorwirkung wollen wir noch verstärken. Deshalb setzen wir dieses Programm nicht nur fort, sondern stocken es ab dem Jahr 2008 um 50 Prozent auf dann jeweils jährlich 37,5 Millionen Euro auf.

Lassen Sie mich in diesem Kontext noch ein Wort zur Föderalismusreform und ihren Auswirkungen auf den Hochschulbau sagen, weil ja immer wieder – wie ich meine irrealen – Befürchtungen geäußert werden. Die Landesregierung – dies versichere ich Ihnen mit allem Nachdruck – wird den Hochschulbau auch nach dem Wegfall der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau in gleicher Größenordnung wie bisher fortführen – das heißt mit einem Investitionsvolumen von insgesamt ca. 330 Millionen Euro!

Durch eine Novelle des Hochschulgesetzes werden wir unseren Hochschulen noch mehr Freiheit und Eigenverantwortung geben. So stärken wir ihre nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Dies geschieht auch durch die Einführung des Globalhaushalts an allen Hochschulen.

Weiterhin werden wir ein Flächenmanagement einführen, bei dem wir die Ergebnis- und Kostenverantwortung für die Nutzung von Gebäuden den Hochschulen übertragen. Das wirtschaftliche Eigentum geht auf den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung über.

In einer älter werdenden Gesellschaft und einer sich immer rascher wandelnden Arbeitswelt wollen wir dafür sorgen, dass die Menschen die Möglichkeit haben, sich während ihres ganzen Lebens weiterzubilden und neue Qualifikationen zu erwerben. Wir werden deshalb den Einsatz von Weiterbildungskonten – analog zu den Studienkonten – prüfen. Mit der Einführung eines systematischen Qualitätsmanagements, einer nachfrageorientierten Finanzierung und der besseren Verzahnung mit anderen Bildungsbereichen werden wir

einen deutlichen Qualitätsschub in der Weiterbildung erreichen.

Wir können es uns nicht länger leisten, die Potentiale unserer Zuwanderinnen und Zuwanderer und ihrer Kinder zu vernachlässigen! In keiner anderen entwickelten Industrienation haben Kinder aus Zuwandererfamilien schlechtere Chancen beim Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt als in Deutschland! Auch hier wollen und werden wir vorangehen. Dabei geht es uns nicht um wie auch immer geartete Gesinnungstests, sondern wir wollen vernünftige Angebote machen, die echte Integration ermöglichen!

Zur besseren Koordination werden wir eine weitgehende Bündelung aller Aktivitäten rund um das Themenfeld Integration im Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit vornehmen.

Zentral ist für uns die Sprachförderung, für Kinder und Jugendliche, aber auch für deren Eltern und Großeltern. Wir haben geregelt, dass Kinder, die keinen Kindergarten besuchen, vor der Einschulung an einer Überprüfung zur Feststellung des Sprachförderbedarfs teilnehmen und eine entsprechende Förderung erhalten.

Wir werden den Fokus noch mehr auf die Verbesserung der schulischen und beruflichen Bildungschancen von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien legen. Verstärkt wollen wir Unternehmer mit Migrationshintergrund dafür gewinnen, auszubilden.

Gleiche Zukunftschancen für Frauen und Männer

Die gerechte Verteilung von Zukunftschancen ist eng verknüpft mit der Herstellung von Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. Frauenpolitik findet deshalb bei uns nicht am Rande statt, sondern in der Mitte aller Politikfelder!

Leitmotiv unserer Politik ist dabei, die konkrete Lebenssituation von Frauen zu verbessern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf tatsächlich zu gewährleisten. Die Einführung der Vollen Halbtagsschule, der Ausbau von Ganztagschulen und das Programm »Zukunftschance Kinder« haben dazu beigetragen, dass Frauen in Rheinland-Pfalz heute gleichberechtigter und mit besseren Chancen ihren Weg gehen können.

Dennoch bleibt einiges zu tun: Wir wollen das Berufswahlspektrum junger Frauen und Männer erweitern. Trotz aller Fortschritte ist der Frauenanteil in Führungsfunktionen und Gremien zu gering. Dies zu ändern, darauf wollen wir unsere Anstrengungen in den nächsten Jahren konzentrieren. Wir werden im öffentlichen Dienst mit gutem Beispiel vorangehen!

Gewalt gegen Frauen und Gewalt in engen sozialen Beziehungen müssen bekämpft werden. Die engagierten Träger der Notrufe, Frauenhäuser und Interventionsstellen leisten hier eine wichtige Aufgabe, die wir weiter unterstützen.

Die Frage der Gleichberechtigung ist eng verknüpft mit der Frage, wie sich Familien heutzutage organisieren, wie sie ihr Zusammenleben gestalten. Wir erleben derzeit einen Wettbewerb um die besten Konzepte in der Familienpolitik, und das ist gut so. Nur wenn wir Familien ein gesichertes und planbares Leben ermöglichen, kann unsere Gesellschaft die Herausforderungen der Demographie und der Zukunft annehmen.

Für uns war und ist dabei entscheidend: Familie ist da, wo Kinder sind und sich Menschen für ihre Angehörigen einsetzen. Alle Maßnahmen haben sich deshalb in erster Linie am Wohl und den Chancen der Kinder zu orientieren. An oberster Stelle steht für uns die Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen. Lassen Sie mich hier ein persönliches Wort hinzufügen: Es ist ein Skandal, wenn in unserer reichen Gesellschaft Kinder an Schulen vom Mittagessen abgemeldet werden, weil man das Geld nicht aufbringt!

Das werden wir ändern. Wir werden deshalb zum Schuljahresbeginn in diesem Jahr einen Fonds – ausgestattet mit einer Million Euro – auflegen, um diesen Kindern die Teilhabe am Mittagessen zu ermöglichen. Das ist mehr als nur Ernährung, das ist auch Teilhabe an der Gemeinschaft einer Schule. Das wollen und das werden wir uns leisten!

Wir werden möglichst flächendeckend so genannte »Häuser für Familien« einrichten. Dort werden Familienberatung, Nachbarschaftshilfe und andere familiennahe Dienstleistungen gebündelt. Besondere Aufmerksamkeit wollen wir Familien in schwierigen Lebenslagen schenken.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Fälle von Vernachlässigung und Misshandlungen von Kindern wollen wir die Verbindlichkeit bei den Vorsorgeuntersuchungen steigern. Vorsorgeuntersuchungen bleiben weiter freiwillig, aber wir wollen durch die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Gesundheitshilfe frühzeitig Schwierigkeiten erkennen und Eltern mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten zur Vorsorge ermutigen. Ein solches »Frühwarnsystem« entspricht unserem Verständnis von einem vorsorgenden Sozialstaat. Wir wollen nicht bevormunden, sondern überzeugen und als Partner dazu beitragen, dass Menschen ihr Leben in die Hand nehmen.

Qualität der medizinischen Versorgung sichern

In der Gesundheitspolitik gilt für uns: Der Zugang zu medizinischer Versorgung und ihre Qualität dürfen weder vom Geldbeutel noch vom Wohnort abhängen!

Wir wollen, dass die gute haus- und fachärztliche Versorgung flächendeckend im ganzen Land erhalten bleibt. Auch die Krankenhäuser werden wir in der Fläche erhalten. Das gemeindepsychiatrische Krankenhausangebot werden wir durch gemeindeorientierte Hilfen ergänzen und die ambulante Nachsorge im Umfeld der psychiatrischen Kliniken intensivieren.

Es ist Ziel der Landesregierung, die Rahmenbedingungen für Pflege so zu gestalten, dass pflegebedürftige Menschen längstmöglich zu Hause leben können. Neben den klassischen Angeboten der ambulanten und stationären Pflege wird es künftig darum gehen, neue Formen des Wohnens für pflegebedürftige Menschen zu schaffen und quaternahe Betreuungskonzepte zu realisieren.

Wir sind uns gewiss: Das Sterben gehört zum Leben und seiner Würde, und deshalb bin ich ganz besonders dankbar dafür, dass es ein ausgeprägtes Engagement in und für die Hospizbewegung in Rheinland-Pfalz gibt. Gerade die Hospize leben von Erfahrung und vom ehrenamtlichen Engagement. Sie sind die Garantie dafür, dass immer mehr Menschen dort würdig die letzte Phase ihres Lebens verbringen können.

Wir wollen, dass die Hospizangebote in Zukunft noch enger mit den Pallia-

tive-Care-Diensten der Krankenhäuser und der niedergelassenen Ärzteschaft zusammenarbeiten und letztlich regionale Palliative-Care-Teams bilden. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde gilt auch in den letzten Stunden des Lebens. Sie ist unsere Antwort auf die Diskussion um aktive Sterbehilfe.

Weiterentwickeln wollen und müssen wir die Organisationsstrukturen des Mainzer Universitätsklinikums. Fachleute zählen die Klinik zu den besten in Deutschland. Damit dies so bleibt, werden wir Reformen mit dem Ziel größerer betriebswirtschaftlicher Effizienz einleiten. Die bisherigen Bemühungen des Klinikums um die notwendigen Verbesserungen der betriebswirtschaftlichen Effizienz in der Krankenversorgung reichen vor dem Hintergrund der Umbrüche im deutschen Gesundheitswesen nicht aus. Die Organisationsstruktur des Klinikums muss daher verändert werden, um die Handlungsmöglichkeiten der kaufmännischen Leitung zu stärken. In diesem Zusammenhang werden wir alternativ auch eine Kooperation mit privaten Betreibern prüfen. Ich will aber klarstellen: In jedem Fall werden wir den maßgeblichen Einfluss des Landes auf die Kernbereiche des Universitätsklinikums sicherstellen. Eine Privatisierung nach hessischem Modell kommt für uns nicht infrage!

Verantwortung für kommende Generationen

Unsere Umweltpolitik schützt die Lebensgrundlagen und gibt Impulse für Lebensqualität, Innovation und Beschäftigung. Wir werden in den Hochwasserschutz bis zum Jahr 2011 weitere 340 Millionen Euro investieren. Wir halten am 200-jährlichen Hochwasserschutz für den Oberrhein fest. Bis 2012 sollen alle geplanten Polder einsatzbereit und die Ertüchtigung der Rheinhauptdeiche abgeschlossen sein. Mit örtlichen Hochwasserschutzmaßnahmen, zum Beispiel am Mittelrhein und im Einzugsgebiet von Mosel und Nahe, wollen wir Sicherheit für die Menschen auch dort schaffen, wo keine durchgehenden Deichsysteme möglich sind.

Im Welterbe »Oberes Mittelrheintal« werden wir die Investitionen für den Hochwasserschutz und für die Renaturierung mit Maßnahmen der Stadt- und Dorferneuerung, des Naturschutzes und der Tourismusinfrastruktur verbinden

und somit auch einen Beitrag für eine positive Entwicklung des Welterbes leisten.

Im Verständnis dieser Landesregierung ist es richtig, die Wasserversorgung zu den zentralen Aufgaben staatlicher Daseinsvorsorge zu zählen. Ihre Privatisierung lehnen wir deshalb ab.

In der Abfallwirtschaft fördern wir den Aufbau eines regionalen Stoffstrommanagements, um Ressourcen aus der Region für die Region zu nutzen.

Der Verbraucherschutz wird von uns deutlich gestärkt und die wesentlichen Kompetenzen im Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz gebündelt. Wir wollen die Verbraucherkompetenz durch Information und unabhängige Beratung stärken. Deshalb werden wir die Verbraucherzentralen auf hohem Niveau weiter fördern. Den Verbraucherdialog werden wir zur festen Einrichtung machen.

Um die Vielfalt der Arten und die Schönheit unserer Naturlandschaften zu erhalten, werden wir die Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Landnutzern weiter ausbauen. Unser Grundsatz ist: Naturschutz durch Nutzung. In diesem Sinne werden wir den Wald gleichermaßen als Naturraum, als Erholungsraum für die Menschen wie auch als Wirtschaftsfaktor erhalten und nutzen. Die 42 Prozent, die in unserem Land Rheinland-Pfalz mit Wald bedeckt sind, sind eine große Verantwortung,

aber auch ein großer Reichtum. Schutzgebiete bilden bei unserer gezielten Politik die bewusste und gewollte Ausnahme.

Wir nehmen unsere Verantwortung für das Wohl der Tiere weiterhin sehr ernst. Wir setzen uns für eine artgerechte Tierhaltung und eine Beschränkung der Tiertransporte ein. Tierschutz hat und behält für die Landesregierung einen hohen Stellenwert. Wir betrachten unser Engagement für den Tierschutz auch als Ausdruck der ethischen Verantwortung, die Menschen für die ihnen anvertrauten Kreaturen haben.

In Sicherheit leben

So wie der Staat für die Sicherung der Lebensgrundlagen unserer Kinder und Enkel Verantwortung trägt, so gehört es zu seinen unabdingbaren Aufgaben, dafür Sorge zu tragen, dass seine Bürgerinnen und Bürger in Sicherheit leben können.

Wir wollen dabei die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit unseren amerikanischen Verbündeten und mit der Bundeswehr auch in Zukunft in der bewährten engen und freundlichen Weise fortsetzen.

Auch im Inneren wollen wir dafür sorgen, dass Rheinland-Pfalz eines der sichersten Länder in der Bundesrepublik bleibt. Wir werden eine personelle Mindeststärke von 9.000 Polizeibeamtinnen und -beamten durch die Einstel-

lung von jährlich 285 Anwärterinnen und Anwärtern langfristig sichern. Denn für uns gilt: Der Schutz vor Kriminalität darf nicht zu einem Privileg derjenigen werden, die sich private Sicherheitsdienste leisten können!

Die Kriminalprävention werden wir ausbauen. Die Verhinderung extremistischer Umtriebe – gleichgültig ob von rechts oder links – bleibt ein Schwerpunktthema dieser Landesregierung. Vor allem den Bemühungen der Rechtsextremisten, Jugendliche zu werben, werden wir mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Gemeinsam dürfen wir es nicht zulassen, dass sich dieser Spuk in Deutschland wieder verbreitet. Es ist unerträglich, was in den letzten Monaten in Deutschland geschehen ist. Ich glaube, da stehen alle Demokratinnen und Demokraten zusammen.

Wir sind aber auch entschlossen, mit der gleichen Intensität gegen die Gefahren des internationalen Terrorismus und gegen den militanten Islamismus vorzugehen und die Erscheinungsformen zu bekämpfen.

Bei alledem werden wir den Schutz der persönlichen Daten der Bürgerinnen und Bürger nicht aus dem Auge verlieren. Dies gilt für die Verarbeitung personenbezogener Daten im öffentlichen Bereich in gleicher Weise wie für die Datenverarbeitung durch private Stellen.

Einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung unserer Freiheit leistet die rheinland-pfälzische Justiz. Ihre Qualität und Effizienz haben einen hohen Standard, den wir auch in Zukunft halten werden.

Wir wollen einen bürgerfreundlichen und zügigen Rechtsschutz vor den Gerichten aller Gerichtsbarkeiten. Eine weiterhin gute Personalausstattung ist dafür unerlässlich. Wir müssen deshalb, bei angemessener Berücksichtigung der Erfordernisse des Haushalts, künftigen Herausforderungen auch durch eine personelle Verstärkung begegnen. Das gilt besonders im Bereich der Strafjustiz und der Bewährungshilfe.

Was den Justizvollzug angeht, konnte in den letzten Jahren eine beträchtliche Anzahl neuer Haftplätze geschaffen werden. Dies wird fortgesetzt. Das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung erfordert einen funktionierenden und effizienten Strafvollzug. Er ist eine Kernaufgabe staatlicher Justiz.

Die Ausstattung aller Gerichte und Staatsanwaltschaften mit moderner In-



Landtagspräsident Joachim Mertes vereidigt Ministerpräsident Kurt Beck

formationstechnologie werden wir mit Vorrang weiter vorantreiben. Bewährungshilfe und Gerichtshilfe werden wir bei ihrer Arbeit weiter unterstützen. Denn auch straffällig gewordenen Menschen muss nach Verbüßung ihrer Strafe die Chance zu einem sozial verantwortlichen Leben gegeben werden.

Die Anforderungen an die Justiz wachsen zum Teil rasant. Deshalb müssen gesetzliche Regelungen getroffen werden, um eine rechtsstaatlichen Anforderungen genügende und gleichzeitig effiziente Arbeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften zu garantieren. Dazu bedarf es nicht unbedingt einer sogenannten Großen Justizreform. Sinnvoll ist eine Vereinheitlichung der Gerichtsverfassungen und der Prozessordnungen. Nützlich - und ohne Gefährdung rechtsstaatlicher Garantien möglich - ist auch eine Überprüfung der Strukturen der Justiz und der Frage der Zusammenlegung von Gerichtsbarkeiten.

Vor allem geht es um die Nutzung bestehender und die Schaffung neuer gesetzlicher Möglichkeiten zu einem einvernehmlichen Ausgleich zwischen streitenden Parteien. Wir zielen hier auf eine Ausweitung der Möglichkeiten des Täter-Opfer-Ausgleichs und des in Familiensachen erfolgreich praktizierten so genannten »Cochemer Modells«.

Wir wollen einen handlungsfähigen Staat

Wirtschaftliche Impulse geben, Chancen schaffen und Sicherheit bieten - dies sind die Leitlinien unserer Politik in der kommenden Legislaturperiode. Ich bin davon überzeugt, dass diese Ziele auf eine breite Zustimmung bei den Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz stoßen.

Auf weniger breite Zustimmung stößt dagegen vielfach, dass dem Staat für die Verwirklichung dieser Ziele auch ein angemessener Teil der Wirtschaftsleistungen zugestanden werden muss. Leider sehen manche Menschen und auch einige Unternehmen in der Steuer- und Abgabepolitik nur den »Griff in die Tasche«. Sie vergessen darüber, dass Lehrer und Polizisten ihren gerechten Lohn erhalten müssen, dass Straßen, Theater und Schulen einen hohen finanziellen Aufwand erfordern und dass Beiträge für den Besuch privat finan-

zierter Universitäten nur von wenigen bezahlt werden können.

Wir wollen keinen üppigen Staat. Wir wollen keinen alles beherrschenden Staat. Wir wollen einen effizienten und handlungsfähigen Staat!

Handlungs- und gestaltungsfähig zu sein heißt zugleich, dass wir Verantwortungsbewusst und solide mit den Finanzen umgehen. Das zentrale finanzpolitische Ziel für die nächsten Jahre ist es, die Verfassungsgrenze wieder ohne Vermögensveräußerungen einzuhalten. Daher werden wir am Kurs der strikten Ausgabenbegrenzung festhalten. Wir lagen mit unseren Ausgabensteigerungen in der Vergangenheit unter dem Durchschnitt der westlichen Flächenländer. Diese Linie müssen wir beibehalten. Die Landesregierung hält deshalb weiterhin am bewährten Instrument der Budgetierung fest. Auch die Effizienzdividende ist weiterhin zu erwirtschaften. Politische Gestaltung und finanzielle Seriosität sind kein Widerspruch!

Unser Verantwortungsbewusstsein gilt gleichermaßen den Finanzen im kommunalen Bereich. Wir werden weiterhin eine bedarfsgerechte Verteilung der Mittel des kommunalen Steuerverbundes sicherstellen. 2007 tritt der Stabilisierungsfonds in Kraft. Wir werden auf die strikte Anwendung des Konnexitätsprinzips achten.

Verantwortungsbewusst handeln heißt, schwierige Entscheidungen rechtzeitig zu treffen. Wir stellen mit der Festlegung unserer politischen Schwerpunkte die Weichen für die Zukunft unserer Kinder. Dies bedeutet auch, dass wir die dafür nötigen Mittel nicht zu Lasten ihrer Zukunft beschaffen dürfen. Und es bedeutet, dass wir nicht am größten Ausgabenbereich im Landeshaushalt vorbeikommen: den Personalausgaben.

Wir müssen daher einige Maßnahmen im Personalbereich ergreifen. Dabei sind wir uns unserer Rolle als größter Arbeitgeber im Land bewusst.

Wir werden bei den Beamten und Richtern die Bezahlung der künftigen Berufsanfänger absenken. Dies soll in den Laufbahnen des höheren und des gehobenen Dienstes gelten.

Für die ersten drei Jahre erfolgt die Bezahlung in der Regel dann aus der jeweils nächst niedrigeren Besoldungsgruppe. Wir werden einen Korridor von bis zu 10 % der Neueinstellungen öff-

nen, in dem von einer Besoldungsabsenkung abgesehen werden kann, beispielsweise bei Bewerbermangel oder wenn ein besonders leistungsfähiger Bewerber oder eine Bewerberin gewonnen werden soll. Weitergehende Ausnahmen sind im Bereich der Grund- und Hauptschulen vorgesehen, die von dieser Regelung bewusst ausgenommen werden. Im Bereich der berufsbildenden Schulen sind ebenfalls Ausnahmen vorgesehen. Für diese gilt ein erweiterter Korridor von bis zu 30 Prozent. Aus Gründen der sozialen Balance wird es für die Laufbahnen des mittleren und des einfachen Dienstes bei der bisherigen Eingangsbezahlung bleiben.

Die bisherige Regelung zur Altersteilzeit ist nicht mehr zeitgemäß. Wir wollen sie durch eine Neuregelung ersetzen. Bei bereits bewilligten sowie beantragten Fällen ändert sich nichts. Auch in Bereichen, in denen Personal reduziert werden soll, wird die bisherige Regelung zunächst weiter angewandt. Für Neufälle in allen anderen Bereichen wird die Altersteilzeit bis zu einer Neuregelung zunächst ausgesetzt. Wir werden zügig eine kostenneutrale Nachfolgeregelung vorschlagen. Wir werden einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Dieser soll durch eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit in den letzten Berufsjahren erreicht werden. In diesem Zusammenhang prüft die Landesregierung, inwieweit Anreize geschaffen werden können, die dazu beitragen, dass Beamte freiwillig und nach Bedarf bis zu ihrem achtundsechzigsten Lebensjahr Dienst leisten können.

Der öffentliche Dienst in Rheinland-Pfalz ist und bleibt ein guter Arbeitgeber. Wir bieten sichere und attraktive Arbeitsplätze und gute Rahmenbedingungen für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Beamtinnen und Beamten. Wir wollen - den Übergang der Zuständigkeit für das Besoldungs- und Versorgungsrecht auf die Länder vorausgesetzt - auch in den kommenden Jahren trotz der angespannten Haushaltslage die Bezüge der Beamten und Versorgungsempfänger, jeweils Mitte des Jahres, erhöhen: Im Jahr 2007 und 2008 jeweils um 0,5 Prozent, wobei in den unteren Besoldungsgruppen, das heißt im einfachen Dienst, eine Anpassung mindestens in Höhe der Inflationsrate des Vorjahres vorge-

nommen wird. Für den Bereich des mittleren Dienstes soll die Inflationsentwicklung teilweise ausgeglichen werden. Für die Jahre 2009 und 2010 streben wir eine Anpassung mindestens in Höhe der Inflationsrate an.

Ich bitte alle Betroffenen um Verständnis, dass ein größerer Spielraum bei den Besoldungszuwächsen schlichtweg nicht finanzierbar ist. Ich bin mir bewusst, dass diese Maßnahmen schmerzhaft sind.

Sie sind erforderlich, weil wir uns entschlossen haben, in unsere wirtschaftliche Zukunft und in unsere Jugend zu investieren und zugleich verantwortlich zu haushalten. Die Regelungen gelten selbstverständlich auch für den Ministerrat und die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre.

Wir wollen die Qualität der Verwaltungsdienstleistungen ständig verbessern. Dabei ist die Landesregierung in doppelter Hinsicht gefordert: Einerseits müssen wir alle in unserer eigenen Verantwortung stehenden Einrichtungen und Verwaltungsbereiche so gestalten, dass sie dem demographischen Wandel gewachsen sind. Andererseits gilt es, den Kommunen Rahmenbedingungen zu sichern, in denen sich kommunale Selbstverwaltung weiterhin kraftvoll und bürgernah entfalten kann.

Kommunen und Land müssen sich zu diesem Zweck darüber verständigen: Wie können die öffentlichen Aufgaben sinnvoll, bürgernah und flexibel für spezifische örtliche Bedürfnisse vollzogen werden? Wie müssen diese Aufgaben zwischen Land und Kommunen und auf der kommunalen Ebene selbst verteilt werden? Dies wollen wir mit der kommunalen Ebene besprechen.

Lassen Sie uns dies gemeinsam und politisch verantwortungsvoll in diesem Bereich entscheiden! Ich biete allen Fraktionen in diesem Hause in der Frage der kommunalen Strukturreform und der staatlichen Reform, die damit verbunden ist, Zusammenarbeit und Offenheit an.

Die Stärkung der Leistungsfähigkeit der Landesverwaltung, der öffentlichen Verwaltung insgesamt, kann bei knappen finanziellen Ressourcen nur gelingen, wenn wir Doppelstrukturen abbauen, administrative Verfahren vereinfachen und weiterhin Standards kritisch überprüfen. Wir setzen auf eine moder-

ne und effiziente Verwaltung. Das schafft Freiräume.

Freiräume werden wir auch dadurch eröffnen, indem wir die schon heute vielfältig bestehenden Kooperationen zwischen Wirtschaft und Kommunen, aber auch der Kommunen untereinander, weiter ausbauen. Wir werden Förderprogramme und Fördermittel besser miteinander verzahnen. Städte und Gemeinden, die sich in eigener Regie in diesen Prozess einbringen und miteinander kooperieren, können sich der Unterstützung der Landesregierung gewiss sein.

Wir wollen die öffentliche Infrastruktur im gesamten Land im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger zukunftsgerecht gestalten. Dies setzt leistungsfähige Kommunalstrukturen voraus.

Unsere Ortsgemeinden sind das Herz der kommunalen Familie, sie sind der Garant für bürgernahe Entscheidungen, sie sind der Boden, auf dem ehrenamtliches Engagement gedeiht und wo sich die Menschen für ihre Heimat engagieren. Deshalb sagen wir ein klares und deutliches »Ja!« zur rechtlichen Eigenständigkeit der Ortsgemeinden!

Insgesamt werden wir das sich über Jahrzehnte bewährte und leistungsfähige kommunale Gefüge von Orts- und Verbandsgemeinden, Landkreisen und großen kreisfreien Städten erhalten, jedoch angesichts neuer Herausforderungen im Spannungsbogen zwischen Bürgernähe und Effizienz anpassen und optimieren.

Es ist mein erklärtes Ziel, in der zweiten Jahreshälfte 2006 unter der Federführung von Herrn Staatsminister Karl Peter Bruch eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung einer Kommunal- und Verwaltungsreform einzusetzen. Wir werden auf der Grundlage einer Aufgabenkritik eine Zielplanung erstellen. Bis zum Abschluss der 15. Legislaturperiode werden wir die gesetzlichen Grundlagen für diese Verwaltungs- und Strukturreform schaffen. Diese wird dann schrittweise bis zur Kommunalwahl 2014, also in der auf diese Landtagswahlperiode folgende Wahlperiode, umgesetzt.

Mir liegt besonders am Herzen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger diesen Weg mitgestalten. Ich halte eine intensive und möglichst frühzeitige Bürgerbeteiligung für unabdingbar, um eine von einer breiten Mehrheit akzeptierte und nachhaltige Regelung - die mög-

lichst die nächsten 30 Jahre Bestand hat - zu erreichen.

Dabei werden wir keine Abkehr von unserem kommunalpolitischen Grundverständnis vollziehen: Überschaubare Größenverhältnisse, besondere Bürgernähe und ein grundsätzlicher Respekt vor gewachsenen, auch regionalen Strukturen sind seit jeher ein besonderes Markenzeichen des Landes Rheinland-Pfalz. Deshalb wird es keine Reformen vom Reißbrett aus geben. Dies ist nicht unsere Methode!

An diesen Koordinaten sowie den Anforderungen des demographischen Wandels werden wir unsere Landes- und Regionalplanung ausrichten. Wir stehen für die Gleichwertigkeit der Ballungsräume und der ländlichen Regionen. Wir werden die Stadt- und Ortskerne als zentrale Mittelpunkte der Kommunen - als Orte der Kommunikation - erhalten und gestalten. Die bisher höchst erfolgreich eingesetzten Instrumente der Dorferneuerung und der Städtebauförderung - zum Beispiel das Programm »Soziale Stadt« - bleiben hierbei tragende Säulen!

Der Mensch steht im Mittelpunkt

Von Albert Einstein stammt der Satz: »Der Staat ist für die Menschen da und nicht die Menschen für den Staat«. Für die sozialdemokratische Landesregierung hat dieser Satz eine hohe Gültigkeit: Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt unseres Handelns. Wir wollen Rheinland-Pfalz als lebenswertes Land mit aktiven, lebensbejahenden Menschen in die Zukunft führen.

Deshalb will ich abschließend auf drei Schwerpunkte unserer Politik zu sprechen kommen, die für eine menschliche und lebendige Bürgergesellschaft unabdingbar sind und die mir weiterhin ein Herzensanliegen sein werden. Dies sind die Förderung von Kunst und Kultur, die Bewahrung des Zusammenhaltes unserer Gesellschaft und die aktive Beteiligung von möglichst vielen Menschen an unserem Gemeinwesen. Rheinland-Pfalz ist ein traditionsreiches Kulturland. Sein kultureller Reichtum ist von großer Bedeutung. Er trägt wesentlich zum Lebensgefühl im Land und zur Identität der Menschen bei. Deshalb wird die Landesregierung erhebliche Anstrengungen unternehmen, um die kulturelle Vielfalt unseres Landes weiter zu fördern. Mit einer umfassenden Breiten-

arbeit, bei der das Land mit den Kommunen zusammenwirkt, wollen wir weiterhin den Boden für eine aktive Beschäftigung mit Kunst und Kultur bereiten.

Hierbei werden wir die Kinder- und Jugendkultur noch intensiver fördern. Die kulturelle Kompetenz junger Menschen wollen wir dabei außer in den Musikschulen auch im künstlerisch-gestaltenden Bereich ausbilden. Wir planen deshalb für die kommenden Jahre die Einrichtung von Jugendkunstschulen.

Rheinland-Pfalz soll ein bedeutender Standort der Medien, der Medienwirtschaft und der Medienwissenschaft bleiben. Wir werden die Vermittlung von Medienkompetenz gezielt stärken.

Rheinland-Pfalz kann sich glücklich schätzen, mit den Römerbauten in Trier, dem Kaiser-Dom zu Speyer, dem Oberen Mittelrheintal und dem Obergermanisch-Raetischen Limes gleich über vier UNESCO-Welterbestätten zu verfügen. Wir werden deshalb gemeinsam mit Fachleuten und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort weiter daran arbeiten, dieses Erbe zu pflegen und für das Land zu nutzen. Zugleich setzen wir uns für die Anerkennung weiterer Welterbe-Projekte ein. Ich denke an die Dome zu Mainz und Worms oder die mittelalterlichen »SCHUM-Städte« Speyer, Worms und Mainz mit ihrem bedeutenden jüdischen Erbe.

Denkmäler, Prachtbauten, manchmal aber auch nur Ruinen sind steinerne Zeugen einer wechselvollen, über 2000 Jahre alten Geschichte auf rheinland-pfälzischem Boden. Alle Menschen sollen Interesse für die Schönheiten und die Bedeutung dieses vielfältigen kulturellen Erbes entwickeln können. Deshalb wird sich die unter dem Dach des Landesamtes für Denkmalpflege gebildete Einrichtung »Burgen, Schlösser, Altertümer Rheinland-Pfalz« in den kommenden Jahren dafür einsetzen, unser kulturgeschichtliches Erbe noch verständlicher und noch lebendiger zu präsentieren. Das Programm »Wegweisend – auf Geschichte bauen« setzt hier mit zehn Projekten Maßstäbe. Mit dem »Dialog Baukultur« wollen wir darüber hinaus unter dem Motto: »Werte erhalten – Neues gestalten« die Attraktivität unseres Landes für Wohnen, Arbeiten und Tourismus weiter fördern.

Den seit Jahren viel beachteten und von starker Bürgerbeteiligung getragenen »Kultursommer Rheinland-Pfalz« werden wir fortführen. Daneben erwarten uns im kommenden Jahr zwei kulturelle Glanzlichter, die weit über das Land hinaus ausstrahlen werden: die Fertigstellung des Arp-Museums und die große Ausstellung über den spätantiken Kaiser Konstantin. Letztere ermöglicht uns die Erinnerung an die christliche Kultur und an einen zentralen Teil unseres Wertegerüsts. Sie ist zugleich ein wichtiger Beitrag unseres Landes zur europäischen Kulturhauptstadt Luxemburg, die wir in gemeinsamer Anstrengung zur Kulturregion um Luxemburg herum für das Jahr 2007 entwickelt haben.

Um auch in Zukunft das hohe Niveau in der rheinland-pfälzischen Kulturarbeit sichern und darüber hinaus Spielräume für neue Initiativen und Ideen eröffnen zu können, bedarf es – angesichts angespannter Haushaltslagen – einer Steigerung der Effizienz. Dies gilt gerade auch für die großen Kultureinrichtungen, sind sie doch wesentliche Pfeiler der Kulturarbeit im Lande. Ich sichere allen Kulturschaffenden die Unterstützung dieser Landesregierung zu. Denn wir wollen, dass Rheinland-Pfalz auch weiterhin für sich in Anspruch nehmen kann, ein Kernland deutscher Geschichte und Kultur zu sein!

Die Menschen in den Mittelpunkt der Politik zu stellen bedeutet auch: Die Bürgerinnen und Bürger selbst müssen das Wissen und das Gefühl haben zusammenzugehören, Teil eines Gemeinwesens zu sein, für das es sich lohnt, sich einzusetzen und selbst Verantwortung zu übernehmen.

Wir wissen, dass es Gefahren gibt – sei es bedingt durch kulturelle und religiöse Entfremdung oder durch ein starkes Wohlstandsgefälle. Diese Veränderungen können unsere Gesellschaft in unversöhnliche Blöcke auseinander reißen. Dies dürfen wir nicht zulassen!

Misslingende Integration führt zur Ausgrenzung. Und Ausgrenzung kann zur Gewalt führen, noch weit unterhalb der Schwelle von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Hier müssen und werden wir sehr wachsam sein!

Eine Gesellschaft zusammenzuhalten, bedeutet vor allem auch, Gemeinsinn zu fördern. Jede und jeder Einzelne muss die Möglichkeit haben, sich an der

Gestaltung unseres sozialen Zusammenlebens zu beteiligen. Nur durch Gemeinsinn entsteht eine lebendige Bürgergesellschaft, nur sie ermöglicht größtmögliche Teilhabe.

Wir werden die Herausforderungen, die die Reformen der Sozialsysteme an uns stellen, ebenso wie die Gestaltung des demographischen Wandels nur mit einer neuen Kultur des Miteinanders meistern können. Daran arbeiten wir!

Der demographische Wandel – das Älterwerden unserer Gesellschaft – muss und darf kein Schreckgespenst sein. In ihm liegen Chancen für ein stärkeres Miteinander, Chancen, füreinander Verantwortung zu übernehmen. Gemeinschaftliches Wohnen und die Begegnung zwischen den Generationen können auch für Situationen der Hilfsbedürftigkeit tragfähige Netze schaffen. Deshalb hat die Landesregierung das Kooperationsforum »Gemeinschaftlich Wohnen in einer Gesellschaft des längeren Lebens« gegründet.

Die Landesregierung hat die Förderung von Bürgerengagement und einer lebendigen Bürgergesellschaft zu einem Schwerpunkt ihrer Politik erklärt. Und sie wird diesen Schwerpunkt in Zukunft weiter intensivieren. Wir wollen insbesondere bürgerschaftlichen Einsatz auf der kommunalen Ebene stärken. Damit tragen wir dem Gedanken Rechnung, dass Engagement zu allererst in den Kommunen stattfindet.

Dies gilt vor allem auch für den Sport. Das Land hilft beim Bau und bei der Modernisierung von Sportstätten und fördert die Arbeit der Verbände und Vereine. So stehen in den nächsten Jahren rund 95 Millionen Euro für Schwimmbäder und sonstige Sportstätten zur Verfügung. Dadurch werden Gesamtinvestitionen von ca. 250 Millionen Euro ausgelöst, die der regionalen Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt zu Gute kommen.

Freiwilliges Engagement hat von jeher eine zentrale Bedeutung im Brand- und Katastrophenschutz. Wir werden an die mit dem neuen Brand- und Katastrophenschutzgesetz geschaffene Verbesserung der Rahmenbedingungen für die etwa 80.000 – ich finde, diese Zahl ist phantastisch – ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in den Feuerwehren und den anderen Hilfsorganisationen in unserem Land anknüpfen und die Gemeinden, Städte und Landkreise beim

Erhalt eines modernen und leistungsfähigen Hilfeleistungssystems unterstützen.

Teilhabe ermöglichen - Gleichstellung durchsetzen - Selbstbestimmung stärken, das sind Leitsätze, die unsere Politik für behinderte Menschen in den nächsten fünf Jahren kennzeichnen werden. Rheinland-Pfalz steht bundesweit an zweiter Stelle bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit behinderter Menschen. Aber wir wollen noch besser werden. Wir werden das Landessonderprogramm zum Abbau der Arbeitslosigkeit schwer behinderter Menschen fortzuschreiben. Hier nimmt das Land seine Rolle als Vorbild für andere Arbeitgeber wahr!

Die Integration behinderter Menschen muss von Kindesbeinen an beginnen. Deshalb sind uns die integrative Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten und die integrativen Schulbesuche ganz besonders wichtig. Schwerpunktschulen und Einzelintegration in den Regelschulen werden wir weiter ausbauen.

Lassen Sie mich auf ein Engagement zu sprechen kommen, das sich in einem ganz anderen gesellschaftlichen Bereich abspielt und für unsere Zukunft nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Ich spreche von der Partnerschaft zwischen Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen, insbesondere in den Elternbeiräten und Elternausschüssen. Dieses ehrenamtliche Engagement ist unverzichtbar, denn nur mit den Müttern und

Vätern lässt sich die Wertschätzung von Bildung in der Breite steigern. In dieser Arbeit wird bürgerschaftliches Wirken im besten Sinne des Wortes geleistet und erbracht. Dies verdient unsere Anerkennung.

Genau so wichtig wie die Beteiligung der Eltern ist uns aber auch die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen selbst. Für die neue Landesregierung gibt es keinen Zweifel: Rheinland-Pfalz wird auch künftig ein jugend- und kinderfreundliches Land bleiben!

Dafür stehen die Voraussetzungen, die auch durch das gleichnamige Aktionsprogramm und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bisher erbracht worden sind. Die Empfehlungen der Jugend-Enquete-Kommission werden wir mit Nachdruck umsetzen.

Es ist mir an dieser Stelle ein tiefes Bedürfnis, allen gesellschaftlichen Gruppen, die sich für das Miteinander in unserem Land einsetzen und damit das Land lebenswert machen, meinen Dank auszusprechen: den zahlreichen Vereinen, den Verbänden, den Gewerkschaften und im Besonderen den christlichen Kirchen und den Religionsgemeinschaften. Lassen Sie uns gemeinsam dafür wirken, dass unser Land lebenswert und menschenfreundlich bleibt!

Wir Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer werden im nächsten Jahr auf eine sechzigjährige - wie ich meine sehr erfolgreiche - Geschichte zurückblicken dürfen. Kaum jemand

hätte diesen Erfolg damals für möglich gehalten!

Die Frauen und Männer, die dieses Land nach dem Zweiten Weltkrieg mühsam aufgebaut haben, haben das Fundament gelegt - immer von dem Anspruch getragen, den kommenden Generationen ein besseres Leben zu ermöglichen.

Dieser Anspruch ist auch eine Verpflichtung für diese Landesregierung. Wir wissen zwar nicht, was in sechzig Jahren sein wird, aber wir haben klare Vorstellungen darüber, wo wir in fünf Jahren und in absehbarer Zeit stehen wollen:

Wir wollen eine starke Wirtschaft, die sich dem sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft verpflichtet fühlt.

Wir wollen Kindergärten, die die freie Entfaltung jedes Kindes ermöglichen und Begabungen wecken.

Wir wollen Schulen, in denen unsere Kinder gut und mit Freude lernen.

Wir wollen Hochschulen, die die Quelle des Wissens für unsere Zukunft sind, Hochschulen, in denen nicht die Herkunft über den Erfolg entscheidet.

Wir wollen unsere schöne Natur und unser kulturelles Erbe unseren Kindern erhalten.

Vor allem aber wollen wir, dass Rheinland-Pfalz ein Land bleibt, in dem die Menschen gerne leben und in dem Gemeinsinn zählt.

Lassen Sie uns miteinander diesen Anspruch weiter tragen, und zwar im Auftrag der Menschen: Gemeinsam den Aufbruch gestalten!